



Henning Otte

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Celle-Uelzen
Stellv. Vorsitzender Verteidigungsausschuss
Sprecher Ländlicher Raum
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Pressemitteilung

Bundesregierung muss bei den Wölfen endlich handeln

Berlin, 04.09.2023

Bezug:

Anlagen:

Henning Otte, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Unter den Linden 71

Raum: 124

Telefon: +49 30 227-72320

Fax: +49 30 227-76320

Henning.Otte@bundestag.de

Wahlkreisbüro Celle:

Südwall 26

29221 Celle

Telefon: +49 5141-6898

Fax: +49 5141-6883

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Uelzen:

Celler Str. 1

29525 Uelzen

Telefon: +49 581-9712543

Fax: +49 581-15736

Henning.Otte.wk@bundestag.de

www.henning-otte.de

„Die Bundesregierung muss das erneute Angebot der EU-Kommission endlich annehmen und beim Wolfsbestand regulierend eingreifen. Der Schutz von Menschen und Tier muss im Vordergrund stehen!“ Dies fordert Henning Otte, Fachsprecher für den ländlichen Raum der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Celle-Uelzen.

Anlass für diese Forderung ist die Aufforderung der EU-Kommission, ihr Daten und Fakten zu den Folgen der lokalen Wolfsbestände zu melden. „Auf der Grundlage der erhobenen Daten wird die Kommission über einen Vorschlag entscheiden, gegebenenfalls den Status des Wolfsschutzes in der EU zu ändern und den Rechtsrahmen zu aktualisieren. Dies könnte (...) zu weiterer Flexibilität im Zusammenhang mit dem Umgang mit wachsenden Populationen dieser Spezies führen“, heißt es in einer Pressemitteilung der Kommission.

Bereits im Mai sollte die Bundesregierung aktuelle Zahlen melden. Mit Verweis auf öffentliche Daten der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) ist dies nicht geschehen. „Die Zahlen geben nicht den aktuellen Bestand wieder, sondern nur einen Ausschnitt des Bestandes und sind damit nicht aussagekräftig“, so Otte. „Es dokumentiert aber die Blockadehaltung der Bundesregierung beim Thema Wolf sehr gut. Es ist ein Zeugnis der Untätigkeit für die Bundesregierung, dass die EU-Kommission nun die Kommunen und Verbände bittet, Zahlen zu melden.“

„Die Anhörung im Bundestag hat ergeben, dass die Bundesregierung den günstigen Erhaltungszustand schon längst nach Brüssel hätte melden müssen und sich um die Überführung des Wolfes von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie bemühen muss. Außerdem muss die Bundesregierung sofort ein regulierendes Bestandsmanagement einführen“, so Henning Otte abschließend.